

Die Situation der Berufsbildungslandschaft in Thüringen aus der Sicht der LINKEN

1. Situation der Berufsbildenden Schulen

- 1999/2000 gab es ein Gutachten zu den Prognosen der Schülerzahlen für Regelschulen und Gymnasien, die Konsequenzen auch für BBS hätten klar sein müssen
- 2004 nochmaliges Gutachten zur Entwicklung der Berufsbildenden Schulen vom TKM und Thüringer Landkreistag in Auftrag gegeben, im April 2007 Ergebnisse veröffentlicht, das Zedler – Gutachten hat im April 2007 die Berufsbildende Schullandschaft deutlich aufgeweckt
- Zedler – Gutachten leistete und leistet erheblichen Beitrag, einen Überblick zu gewinnen, Schülerzahlen abschätzen zu können und Problembewusstsein bei den Beteiligten zu entwickeln
- Schwierig: besondere Abhängigkeit der Berufsbildenden Schulen von Arbeitsmarktsituation bzw. wirtschaftlicher Entwicklung und unterschiedlichen Zuständigkeitsebenen (Land: BBS und Personal, Schulträger: Landkreise und kreisfreie Städte)
- Es bestehen 11 Schulämter an 13 Standorten bei 17 Landkreisen und kreisfreien Städten, die alle Schulträger sind

Stand:

- Ausbildungssituation in den vergangenen Jahren mehr als schwierig, von 30.000 BewerberInnen konnten 2004-2006 nur etwa knapp 11.000 jeweils in betriebliche Ausbildungsplätze vermittelt werden
- Damit verbunden ist natürlich die Warteschleifenproblematik oder auch die Ausweitung der Angebote von freien Trägern. Hinzu kommt die Abschaffung des Titels zur Unterstützung der Schulsozialarbeit an Berufsbildenden Schulen, was faktisch einer Abschaffung gleichkam.
- Dem jahrelangen Mangel an LehrerInnen steht offenbar ein sogenannter Überhang bevor, der so allerdings nicht überall zutrifft. Ungleiche Bewertung und Vergütung von LehrerInnen und Ausbildern führen zu ähnlichen Gefährdungen der Qualität von Ausbildung, wie die fehlende finanzielle Ausstattung für Arbeitsmittel und ähnliches.
- nach Schulgesetz gibt es sieben Berufsbildende Schulformen, die die unterschiedlichsten allgemeinen Schulabschlüsse voraussetzen und die unterschiedlichsten (beruflichen Abschlüsse vermitteln)
- im Jahr 2005/06 (Datengrundlage) lernten an 55 SBBS knapp 85.000 (aktuell: 70.000) SchülerInnen, an 63 Schulen in freier Trägerschaft knapp 11.000 SchülerInnen
- 7,4 % aller SchülerInnen befanden sich in 108 Landesfachklassen und 2% in 41 Bundesfachklassen, die sich über 150 Ausbildungsberufe- bzw. Fachrichtungen erstrecken, wobei nicht zu übersehen ist, dass sich diese an der A4 konzentrieren
- knapp 3800 LehrerInnen sind derzeit an Berufsbildenden Schulen in Thüringen beschäftigt, davon 2566 Personen in Teilzeit

Kernaussagen des Gutachtens:

- Die Anzahl der 15- bis 25-Jährigen wird sich in Thüringen bis 2010 halbiert haben und nach 2015 nicht wesentlich erholen.

- Der massive Rückgang der Schülerzahlen im Berufsbildenden Bereich um 50% gefährdet insbesondere die beruflichen Ausbildungsgänge im dualen Bereich aber auch nachgefragte vollzeitschulische Ausbildungsgänge.
- Die Schulraumbilanz im Land insgesamt ergibt etwa einen möglichen Raumüberhang von 1435 Räumen. Landesweit soll auf ein Drittel der bisherigen Schulen verzichtet werden können.

Empfehlungen durch die Gutachter

- Es wird mit Nachdruck die Einrichtung von sechs übergreifenden Planungsraumregionen empfohlen, innerhalb derer Schulnetzplanung stattfinden soll.
- Vorgeschlagen wird die Zusammenlegung von Fachklassen auf der Stufe der beruflichen Grundbildung, um ökonomisch vertretbare Klassengrößen zu erhalten.
- Reduktion und Schwerpunktbildung von Ausbildungsgängen soll ausgewogen erfolgen, grundlegende (politische) Entscheidungen bis 2010 getroffen sein, Regionalkonferenzen zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung weiter geführt und bisherige finanzielle Regelungen zur Finanzierung neu gefasst werden.
- Gefordert wird eine Qualitätsoffensive für berufliche Bildung, die die LehrerInnen in die Lage versetzen, die pädagog. Leistungsfähigkeit der Einrichtungen zu erhöhen.
- Mit Bildungsmarketing soll die künftige Nachfrage im Ausbildungsbereich beeinflusst werden, sprich junge Menschen aus den alten Bundesländern geholt werden.

2. Parlamentarische Begleitung:

- bereits Ende 2004 Antrag Der LINKEN im Plenum zur Berufsschulnetzplanung, kurze Zeit später wurde Gutachten in Auftrag gegeben
- Anfang 2007 Ausschussberatungen, die sich bis Juni 2007 hinzogen
- Dabei wurden Ergebnisse der Stabsgruppe im Kultus bis Ende 2007 angekündigt
- Im Februar 2008 war TKM immer noch nichts auskunftsfähig bzw. hatte sich wohl entschlossen, sich aus der zukünftigen Berufsschulnetzplanung herauszunehmen und nur in Notfällen zu moderieren
- Das Parlament ist im Juni 2008 wieder mit der Thematik beschäftigt.
- Insgesamt hatte die Landesregierung nicht das Interesse, das Parlament einzubinden, Gesetzesänderungen werden abgelehnt, der Bildungsausschuss nur dürftig informiert.
- Gleichzeitig laufen aber Abstimmungen in den vorgeschlagenen Bildungsregionen und Anhörungen des Kultusministeriums der Schulträger finden statt.
- Einzelne Bildungsregionen sind auf einem gutem Weg, Schulen haben gute neue Ideen und dennoch ist die Situation sehr unterschiedlich.

3. Wie beurteilt die Linke die Situation?

- Die Entwicklung der Berufsbildenden Schulen in Thüringen steht aus Sicht der Linken tatsächlich vor einem Neustart. Es handelt sich eben nicht nur um einen strukturellen sondern auch einen notwendigen inhaltlichen Neustart. Aus mehreren Gründen:
 1. Der entscheidende Auslöser der notwendigen Umstrukturierung der BBS ist im Moment die demografische Entwicklung, es gibt fast keinen anderen Zwang. Die Ausbildungssituation wird sich in den kommenden Jahren möglicherweise entscheidend in Richtung ausreichender Versorgung junger Menschen mit Ausbildungsplätzen entwickeln. Das bedeutet, dass der vollzeitschulische

- Ausbildungsersatz zurückgefahren werden kann. Damit verbunden sind veränderte Schulnetzplanung, Personaleinsatz und Finanzierungsfragen.
2. Möglicherweise wird mit der Erholung der Ausbildungssituation das Ersatzangebot der freien Träger in einigen Ausbildungsbereichen zurückgedrängt. Derzeit ist die Schülerzahlentwicklung eher bei den staatlichen Schulen rückläufig nicht aber bei den freien Trägern. Das Kultusministerium betrachtet die freien Träger als Randglosse. Ich halte die freien Träger nach wie vor für eine zu beachtende Größe in der Berufsbildung. Freie Träger müssen aber fest in die zukünftige Planung integriert werden.
 3. Die Personalpolitik der Landesregierung hat mit dem beginnenden Floating in den Berufsbildenden Schulen und dem gleichzeitig propagierten Überhang in anderen Schularten zur Folge, das wichtige Fachleute aufgrund zu geringer Bezahlung die BBS verlassen werden und damit entscheidende Lücken im Ausbildungsangebot gerissen werden
 4. Die Idee der Bildungsregionen ist generell sinnvoll, sie sollte aber perspektivisch in eine Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform in Thüringen eingebettet werden. Die Abstimmungen in den einzelnen Thüringer Regionen laufen sehr unterschiedlich und sind geprägt von wirtschaftlicher Stärke, politischer Gemengelage und regionalen Entscheidungen.
 5. Es bedarf landesweiter Moderation mit bundes- und europaweitem Blick unter Einbeziehung aller Beteiligten, um die Chancen demografischer Entwicklung zu nutzen. (Beispiel Mühlhausen) Berufsfeldbereinigung ist in den meisten Fällen schon geschehen. Um Qualität und Ausbildungsangebot weiterhin bieten zu können, muss die regionale Zuständigkeit überwunden werden.
 6. Mit dem neuen Lehrerbildungsgesetz ist eine Forderung, - die nach Befähigung der Lehrkräfte - konterkariert worden. Eine veränderte Personalpolitik, die den Lehrer als Fachkraft deutlich aufwertet und keine Zwei-Klassen-Lehrerzimmer schafft, muss Einzug halten.
 7. Längere Fahrtwege und Internatsunterbringungen für Auszubildende bedürfen einer völlig neuen gesetzlichen Grundlage, die es jedem Schüler erlaubt, egal wie voll der Geldbeutel ist, die Ausbildung machen zu können, die er oder sie möchten. Schulsozialarbeit gehört an jede Berufsbildende Schule.
 8. Es muss unbedingt vermieden werden, Regionen auszudünnen und Fachklassen nur an der Linie der A4 anzusiedeln. Der Schaden dürfte sonst erheblich sein. Die Entwicklung von BBS zu regionalen Bildungszentren kann dazu beitragen, Einrichtungen zu füllen, ihr Potenzial zu nutzen und ihren Erhalt zu rechtfertigen. Angebote im ländlichen Raum und strukturschwachen Regionen müssen unbedingt erhalten bleiben. Dazu bedarf es auch an Berufsbildenden Schulen neuer pädagogischer Konzepte.
 9. Die Diskussion zur Entwicklung der Berufsbildenden Schulen muss unbedingt in Zusammenhang mit der Situation auf dem Ausbildungsmarkt, dem lange angekündigten Fachkräftemangel und der Arbeitsmarktsituation (gerade für junge Menschen) in Thüringen diskutiert werden.

Kurzum die heutige Tagung soll der Politikberatung dienen, natürlich speziell für die Opposition. Sie soll Handelnde einbeziehen und am politischen Prozess beteiligen, denn ohne sie geht es nicht.